

N I E D E R S C H R I F T

zur 8. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 29.03.2012.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:40 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Helmut Paulsen (bis 21.00 Uhr)

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Heijo Hoß, Manfred Möller, Elisabeth Wege

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Rainer Pfeffer

SPD-Fraktion

Karl-Heinz Kraft, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frank Nowak

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Erika Zeman

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Stefan Bug (1. Beigeordneter), Reinhard Karber, Andreas Tauche, Reiner Sauer, Kurt Wenz, Alexander Steiß, Helge Fuhr, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlte:

Frank Dieffenbach

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2011**
50/2/2012/11-16
4. **Generationsübergreifendes Netzwerk
(Wie wir im Alter leben möchten! Generationenvertrag als gemeinsame
Aufgabe, Bericht über die Auftaktveranstaltung am 05.03.2012)**
11/13/2012/11-16
5. **31. Flächennutzungsplan-Änderung "Im Rinzell", OT Wolfshausen**
41/5/2012/11-16
6. **Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2012 auf Neukalkulation der
Abfallgebühren**
31/2/2012/11-16
7. **Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von
Grundlagen zur Haushaltskonsolidierung;
hier: Festlegung des weiteren Vorgehens, z.B. Mitglieder, Sitzungstermine,
etc.**
11/12/2012/11-16
8. **Schnellere Zugverbindung von Marburg in das Rhein-Main-Gebiet,
Fahrplaninitiative "Main-Weser-Bahn in Takt";
Resolutionsantrag**
30/1/2012/11-16
9. **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Umrüstung der
Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente**
41/2/2012/11-16
10. **Einführung der gesplitteten Abwassergebühren;
hier: Festlegung der Faktoren der einzelnen Versiegelungsarten für die
Versiegelungskartierung**
10/6/2012/11-16
11. **Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2012 auf Prüfung der Möglichkeit einer
Erweiterung des Neubaugebietes in Niederweimar**
11/15/2012/11-16
12. **Anfragen**
- 12.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.03.2012 zum Stand der weiteren Planung
der Dorferneuerung Allna, insbesondere in Bezug auf das Bürgerhaus**
11/14/2012/11-16
13. **Verschiedenes**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie die Vertreterin der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 18 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Siegfried Koch, Rolf Hintermeier und Frank Nowak.

Dem aus Krankheitsgründen nicht anwesenden Gemeindevertreter Frank Nowak übermittelte er beste Genesungswünsche im Namen des Parlamentes.

2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Die Umweltministerin, Frau Puttrich, hat mitgeteilt, dass die zunächst nach der EKVO vorgesehene Überprüfung der privaten Kanalanlüsse ausgesetzt werde.

Datum GVO-Sitzung	TOP	Thema
02.02.2012	7	Beschluss, den Kaufpreis für ehemalige (eingezogene) Wegeflächen in Feldgemarkungen auf 2,00 €/m ² festzusetzen, sofern diese einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.
	8	Beschluss, mit der Planung und Durchführung der Kanalsanierung im OT Niederweimar (Ausführungsplanung, Vergabe, Bauleitung, Bauüberwachung etc.) das Ingenieurbüro Kolmer und Fischer, Linden, zu beauftragen.
01.03.2012	5	Beschluss, den Auftrag zur Kalkulation der kostendeckenden Benutzungsgebühren der Abwasserbeseitigung, getrennt nach Schmutz- und Niederschlagswassereinleitung an die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG, Dreieich zu vergeben.
	6	Beschluss, den Auftrag für die Erstellung der Versiegelungskartierung, die Durchführung des Selbstauskunftsverfahrens einschließlich aller Neben- und Folgearbeiten an den preiswertesten Bieter, GIS Team, Ingenieurbüro für Geoinformatik, Kerkerader Straße 9, 35394 Gießen, zu vergeben.
	9	Beschluss, der Gemeindevertretung die Beschlussfassung folgender Resolution vorzuschlagen: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) spricht sich für die Beibehaltung der Regionalbahnzüge der Hessischen Landesbahn auf allen Unterwegsstationen zwischen Gießen und Marburg aus. Die Gemeindevertretung appelliert an den RMV sowie an den Landkreis Marburg-Biedenkopf, entgegen anderweitigen Interessen, die Stationshalte des Main-Lahn-Sieg-Expresses im Abschnitt Marburg/Gießen nicht zu verändern.

3. Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2011

Drucksache: 50/2/2012/11-16

Der Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2011 war im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zur Kenntnis gegeben und beraten worden.

Es berichtete die Vorsitzende, Frau Schneider:

Jugendpfleger Marcus Ott habe den Bericht vorgestellt und erläutert. Im Wesentlichen handele es sich bei dem Bericht, so Frau Schneider, um eine Fortschreibung des Berichtes der letzten Jahre. Schwerpunktmäßig sei über die Jugendclubs, über Probleme, aber auch über viele positive Sachverhalte gesprochen worden. Weitere Punkte seien die Kinderbetreuung und die Freizeiten gewesen, die überwiegend mit positiven Rückmeldungen besetzt gewesen seien. Herr Bug habe in Stellvertretung für den Bürgermeister und sie als Ausschussvorsitzende dem Jugendpfleger für die geleistete Arbeit gedankt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**4. Generationsübergreifendes Netzwerk
(Wie wir im Alter leben möchten! Generationenvertrag als gemeinsame Aufgabe, Bericht über die Auftaktveranstaltung am 05.03.2012)**

Drucksache: 11/13/2012/11-16

Auch hier berichtete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport von der Auftaktveranstaltung, die am 05.03.2012 stattgefunden habe. Frau Schneider verwies in dem Zusammenhang auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.05.2008, wonach der Gemeindevorstand beauftragt wurde, für den Bereich der Gemeinde Weimar (Lahn) ein Konzept für ein kommunales Netzwerk zu schaffen, welches älteren und alten Menschen ermöglichen soll, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt leben zu können.

Die Veranstaltung sei von Frau Schlichting von der Stabstelle Altenhilfe des Kreises Marburg-Biedenkopf moderiert worden. Sie habe zugesagt, eine 2. Veranstaltung zu moderieren.

Frau Schlichting habe in dieser 1. Veranstaltung erklärt, dass die Möglichkeit bestehe, dass der Prozess, der nun in Gang gesetzt wurde, nach entsprechender Vorlage eines Antrages mit Konzeption finanziell unterstützt werden könne. Es könnte dann eine professionelle Hilfestellung gegeben werden, die den Prozess zum Aufbau eines Netzwerkes unterstütze und begleite. Ihr Wunsch sei, so Frau Schneider, dass möglichst bald ein weiterer Termin gefunden werden könne für die 2. Veranstaltung. Sie als Ausschussvorsitzende schlage vor, die 2. Veranstaltung in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen, um allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zur Information und Teilnahme zu geben.

Beratungsergebnis: Ohne Beschluss

5. 31. Flächennutzungsplan-Änderung "Im Rinzell", OT Wolfshausen

Drucksache: 41/5/2012/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, berichtete über die Beratungen im Ausschuss. Über die Stellungnahme der oberen Landesplanungsbehörde sei abgestimmt worden. Die

Abteilung Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz, habe vorgegeben, dass die vorhandene Regenrückhaltegrube in ihrer Funktion ständig sicherzustellen sei. Einer Nutzung als Eislauffläche sei nicht zugestimmt worden. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung wie folgt:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

- a) der im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 31. Flächennutzungsplan-Änderung „Im Rinzell“ gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB den von den Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen Nr. 1, Nr. 4, Nr. 6 und Nr. 8 zuzustimmen. Das Abwägungsmaterial ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die berührten Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Abwägungsergebnis in Kenntnis zu setzen.
- c) Die vorliegende 31. Flächennutzungsplan-Änderung „Im Rinzell“ wird beschlossen und die Begründung gebilligt.
- d) Der Bürgermeister wird beauftragt, für die 31. Flächennutzungsplan-Änderung „Im Rinzell“ gemäß § 6 Abs. 1 BauGB die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen. Die Erteilung der Genehmigung ist alsdann ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan einschließlich der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft gegeben werden kann.

Auf Rückfrage des Vorsitzenden der Gemeindevertretung wurden die Punkte a) bis d) en bloc abgestimmt

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2012 auf Neukalkulation der Abfallgebühren

Drucksache: 31/2/2012/11-16

Hierzu berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Hoß, von den Beratungen. Die Mitglieder des Ausschusses seien sich darüber einig gewesen, dass eine Neukalkulation der Abfallgebühren durch den Gemeindevorstand erfolgen solle. Als günstigster und kostenneutraler Zeitpunkt bietet sich der 01.01.2013 an.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag auf Neukalkulation der Abfallgebühren dem Gemeindevorstand zur weiteren Bearbeitung weiterzuleiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. Einrichtung einer überfraktionellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Grundlagen zur Haushaltskonsolidierung; hier: Festlegung des weiteren Vorgehens, z.B. Mitglieder, Sitzungstermine, etc.

Drucksache: 11/12/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Hoß, berichtete, dass im Ausschuss zunächst beraten wurde, dass die Mitglieder dieses Ausschusses auch die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Grundlagen zur Haushaltskonsolidierung bilden sollten. Es wurde dann jedoch vereinbart, pro Fraktion eine Person für den Ältestenrat zu benennen. Dies sollte nun vor der Sitzung dieser Gemeindevertretung erfolgen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, berichtete, dass in der Ältestenratsitzung, die vor der Sitzung der Gemeindevertretung stattfand, folgende Personen für die Arbeitsgruppe benannt wurden:

Dr. Christian Dittrich (CDU), Jürgen Rabenau (SPD), Wilfried Laucht (FBW), Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Fischer (FDP).

Es wurde vereinbart, die erste Sitzung am Donnerstag, den 19.04.2012, 20.00 Uhr im Sitzungszimmer Dachgeschoss der Gemeindeverwaltung abzuhalten.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

8. Schnellere Zugverbindung von Marburg in das Rhein-Main-Gebiet, Fahrplaninitiative "Main-Weser-Bahn in Takt"; Resolutionsantrag

Drucksache: 30/1/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Heijo Hoß, erklärte, dass die Ausschussmitglieder aufgrund der Vorlage diskutiert hätten. Auf Wunsch des Ausschusses sei an alle Mitglieder der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der Stadt Marburg übersandt worden. Herr Bug habe im Ausschuss erklärt, dass die Stadt Lollar eine Resolution gleichen Inhalts und dem Ziel der Beibehaltung der Haltestellen zwischen Marburg und Gießen beschlossen habe.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen), der die Gemeinde im RNV vertritt, erklärte, dass die Darstellung der Stadt Marburg in vielen Kleinigkeiten nicht korrekt sei. Beispielhaft führte er an, dass behauptet werde, dass der Stundentakt von Marburg nach Frankfurt nicht mehr gegeben sei, es führen allerdings mehrfach in der Stunde Züge von Marburg nach Frankfurt. Es gehe darum, dass die installierten HLB-Züge zwischen Marburg und Gießen nicht mehr halten sollen. Letztendlich gehe es um eine Zeitersparnis von 13 Minuten. So sei die Position der Stadt Marburg zwar emotional verständlich, jedoch stünden die Interessen der Gemeinde Weimar (Lahn) und der weiteren bis Gießen liegenden Kommunen entgegen.

Auf die Einlassung des Herrn Hans J. Heuser (FBW), dass man sich gegen die Resolution der Stadt Marburg aussprechen wolle, wurde korrigiert, dass das Gemeindeparlament für die Beibehaltung der zwischen Marburg und Gießen bisher vorhandenen Haltestellen der HLB-Züge eintreten wolle.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Hans J. Heuser (FBW) bezeichneten das Verhalten der Stadt Marburg als arrogant und empfanden die

Vorgehensweise als schlechten Stil. Sicherlich wäre es partnerschaftlicher gewesen, mit den südlich von Marburg liegenden Kommunen zu sprechen. Denn schließlich habe sich die Region „Marburger Land“, der auch die Stadt Marburg angehöre, für die Beibehaltung der Haltestellen der HLB-Züge ausgesprochen. Herr Christian Fischer (FDP) sprach sich ebenfalls für die Beibehaltung der Haltestellen und für eine entsprechende Resolution aus.

Herr Stephan Wenz (SPD) zeigte zwar Verständnis für die Argumentation der Stadt Marburg, hier seien jedoch die Interessen der Gemeinde zu vertreten und daher werde seine Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Winfried Laucht (FBW) führte aus, dass die Begründung inhaltlich gefüllt werden müsste. So gehörten die Nutzung durch Schichtarbeiter und Studierenden, die in den Weimarer Ortsteilen wohnen und somit auf die Bahnanbindung angewiesen seien, mit in die Resolution.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) ergänzte, dass die Zeitersparnis von etwa 12 Minuten in keiner Relation stehe zu der Abkoppelung der Gemeinde.

Insgesamt wurde die Meinung vertreten, dass durch die Kappung der HLB-Haltestellen ein Rückschritt im Hinblick auf die derzeitige Ist-Situation entstehe und kontraproduktiv sei, wenn man den öffentlichen Nahverkehr gegenüber dem Individualverkehr attraktiver gestalten wolle.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) spricht sich für die Beibehaltung der Halte der Nahverkehrszüge (sowie aller anderen Züge) auf allen Unterwegsstationen zwischen Gießen und Marburg aus.

Die Begründung für die Erhaltung der Haltestellen wird durch die Verwaltung ausgearbeitet.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012 zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente

Drucksache: 41/2/2012/11-16

Bürgermeister Peter Eidam nahm zu dem Antrag der SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Der Gemeindevorstand halte grundsätzlich eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente für sinnvoll. Allerdings werde ein Antragsverfahren laut Programm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als nicht sinnvoll erachtet, da der Gemeinde hierzu die finanziellen Mittel fehlten.

Ungeachtet der Frage, ob die Gemeinde die im Programm geforderten Voraussetzungen erfüllen würde, was nach derzeit vorliegenden Informationen angezweifelt werden müsse, beliefe sich die Investition für die Straßenlampen nach Angaben der Stadtwerke auf einen Betrag in Höhe von ca. 380.000,-- €. Die Förderung hierfür würde max. 25 % betragen.

Es sei davon auszugehen, dass die Kommunalaufsicht bei der Planung bzw. Durchführung einer solchen Investition ihr Veto einlegen würde.

Es müsse mindestens ein Betrag von 10.000,-- € investiert werden, um eine Förderung überhaupt beantragen zu können. Dies entspreche einem Austausch von mindestens 19 Straßenlampen.

Ob die geforderte Energieeinsparung in Höhe von 60 % erreicht werden könne, sei ebenfalls zweifelhaft, da in zuletzt erschlossenen Neubaugebieten bereits Straßenlampen installiert seien, deren Stromverbrauch optimiert sei.

Es sei in den kommenden Jahren mit einer Weiterentwicklung der LED-Beleuchtung zu rechnen, die neben der Optimierung der Leistung auch eine Preisreduzierung erwarten lasse. Sollte diese, wie von Experten angenommen, 30 % betragen, wäre dies mehr als der Zuschuss des Ministeriums.

Die Entwicklung auf diesem Sektor werde seitens der Verwaltung und des Vorstandes auch in Zukunft beobachtet und die sich bietenden Möglichkeiten, auch ohne größere Investition im Bereich der Straßenbeleuchtung, Strom einzusparen, erprobt und genutzt werden.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte weiter, dass die Gemeinde auch ohne größere Investitionen versuchen wolle, energiesparende Maßnahmen umzusetzen.

Bürgermeister Peter Eidam beantwortete die Frage des Herrn Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) bezüglich einer möglichen Investition, dass sich überschläglich in 15 Jahren die Investition amortisieren werde. Sein Vorschlag sei, evtl. in einem kleinen Ortsteil ein Modellversuch zu starten, um zu zeigen, wie sich die Beleuchtung darstelle.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Straßenbeleuchtung der Kommune derzeit mit 484 Leuchtstoffröhren und 236 HQL-Lampen bestückt sei. Aufgrund der Energieeffizienzrichtlinie seien HQL-Leuchten bis 2015 auszutauschen.

Bezüglich des angesprochenen Contractings erklärte der Bürgermeister, dass dieses von den Stadtwerken nicht angeboten werde.

Mit den Ausführungen des Bürgermeisters und einer zusätzlichen Information durch Gemeindevorstandsmitglied Reiner Sauer, dass der Austausch einer Straßenlampe (nur der Kopf) mit Montage ca. 500,-- € betragen würde, wurde der Sachverhalt so zur Kenntnis genommen.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

**10. Einführung der gesplitteten Abwassergebühren;
hier: Festlegung der Faktoren der einzelnen Versiegelungsarten für die
Versiegelungskartierung**

Drucksache: 10/6/2012/11-16

Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass die Einführung der gesplitteten Abwassergebühren ein sehr umfangreiches und arbeitsintensives Verfahren sei, bei dem man sich externer Hilfe bedienen müsse. Die Gemeinde arbeite hier eng mit der Gemeinde Cölbe zusammen. Die Gemeinde habe sich mit anderen Kommunen und auch mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund abgesprochen. Die Erhebungsfaktoren, die bezüglich Dachflächen und befestigten Grundstücksflächen vorab verbindlich festzulegen seien, sollten so einfach und verständlich wie möglich sein. Entsprechend sei der Vorgang auch im Gemeindevorstand beraten und beschlossen worden.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) stellte den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Vorlage zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühren; hier: Festlegung der Faktoren der einzelnen Versiegelungsarten für die Versiegelungskartierung zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

11. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2012 auf Prüfung der Möglichkeit einer Erweiterung des Neubaugebietes in Niederweimar

Drucksache: 11/15/2012/11-16

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Jost-Hendrik Kisslinger, stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert zu prüfen, ob und in welchem zeitlichen Rahmen eine Erweiterung des Neubaugebietes in Niederweimar möglich ist. Ferner sollte eruiert werden, ob die Vermarktung und Veräußerung der Flächen durch die Gemeindeverwaltung Weimar (Lahn) durchgeführt werden kann und nicht wie aktuell über die Hessische Landesgesellschaft mbH.

Zur Begründung führte Herr Kisslinger aus, dass sich die Flächen im aktuellen Neubaugebiet in Niederweimar einer sehr starken Nachfrage erfreuen. Im Gegensatz zum Neubaugebiet Niederwalgern, wo fast die Hälfte der Grundstücke noch zu verkaufen seien, gebe es nach Information seiner Fraktion in Niederweimar weiteren Bedarf aufgrund der hohen Attraktivität der Bauplätze (Nähe zur Universitätsstadt Marburg, gute Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten im Ort). Somit würde man bei der Vermarktung eines neuen Baugebietes, direkt am aktuellen Baugebiet, auch keine direkte Konkurrenz zu anderen Wohnbauplätzen in der Gemeinde schaffen. Durch Zuzug weiterer Neubürger profitiere nicht nur die Gemeinde, sondern auch die Gewerbetreibenden vor Ort. Durch die Vermarktung dieser Flächen ohne Einschaltung der Hessischen Landesgesellschaft mbH hätte die Gemeinde darüber hinaus die Möglichkeit, weitere Einnahmen zu generieren.

Her Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) begrüßte für seine Fraktion den Antrag und bat um eine Ergänzung der Prüfung bezüglich der Kindergartensituation. Hier müsse Eltern unter Umständen mitgeteilt werden, dass die Kinder evtl. einen anderen Kindergarten der Gemeinde besuchen müssen, da eine Auslastung des Kindergartens Niederweimar bereits derzeit vorhanden sei.

Auf Anfrage von Frau Martina Klein (FBW) erklärte Bürgermeister Eidam, dass die Erweiterungsfläche ca. 30 bis 40 Bauplätze ausmachen würde und sich direkt an das derzeitige Baugebiet in Richtung Altenheim anschließen werde.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass bei zügiger Beschlussfassung evtl. Ende des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres konkrete Ergebnisse vorliegen könnten. Natürlich müsse in die Prüfung die Kindergartensituation einbezogen werden und ob die Gemeinde die Vermarktung der Flächen selbst übernehmen wolle.

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert zu prüfen, ob und in welchem zeitlichen Rahmen eine Erweiterung des Neubaugebietes in Niederweimar möglich ist. Ferner sollte eruiert werden, ob die Vermarktung und Veräußerung der Flächen durch die Gemeindeverwaltung Weimar (Lahn) durchgeführt werden kann und

nicht wie aktuell über die Hessische Landgesellschaft mbH.
Weiterhin ist in die Prüfung die Kindergartensituation mit einzubeziehen.

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

12. **Anfragen** **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion**

12.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.03.2012 zum Stand der weiteren Planung der Dorferneuerung Allna, insbesondere in Bezug auf das Bürgerhaus** Drucksache: 11/14/2012/11-16

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Stephan Wenz, verzichtete auf ein Verlesen der Anfrage seiner Fraktion, da sie ja allen Mitgliedern vorlag.

Die schriftliche Anfrage lautete wie folgt:

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms in Allna verschiedene Maßnahmen bereits abgeschlossen. Andere stehen noch aus. Aus diesem Grund bitten wir um Auskunft:

1. über den derzeitigen Sachstand sowie den geplanten zeitlichen Verlauf der noch ausstehenden Maßnahmen und den damit der Kommune entstehenden Kosten.
2. Vom Arbeitskreis Dorferneuerung wurde am 21.03.2012 zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Gibt es in Bezug auf einen vom Arbeitskreis vorgestellten Trägerverein hierzu nach 1 Jahr etwas Neues zu berichten bzw. wie sehen die weiteren derzeitigen zeitlichen Planungen aus?
3. Inwieweit ist eine evtl. Integrierung eines Betreuungsangebotes, z.B. für Kindergarten- und/oder Krippenkinder analog wie im Vortrag „Schützenhof“ am 21.03.2012 vorgestellten Projekt geprüft bzw. angedacht, selbstverständlich unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten und welche Förderungen wären zu erwarten.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte hierzu Folgendes:

Bisher seien von den geplanten Maßnahmen 4 komplett durchgeführt und abgerechnet:

Aufwertung des Umfeldes an der Gedenkstätte Kriegerdenkmal,
Aufwertung und Bepflanzung der Lindengasse (Hohle)
Verbesserung der Fußwegeverbindung zwischen Ortsmitte und Lindengasse,
Erstellung einer Ortsteilchronik.

Diese Maßnahmen seien alle mit einem hohen Einsatz an Eigenleistung durchgeführt worden.

Die Sanierung des alten Spritzenhauses sei bis zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses gediehen, die Baukosten belaufen sich geschätzt auf 89.351,64 €.

Diese Maßnahme sei in Absprache mit der Allnaer Bevölkerung zunächst gestoppt und zurückgestellt worden, um das Projekt Bürgerhaus aus finanziellen Gründen nicht zu gefährden.

Hier soll nach Beendigung der Maßnahme „Bürgerhaus Allna“ versucht werden, diese Sanierungsmaßnahme durch die Bürgerschaft selbst zu realisieren, wenn entsprechende Mittel durch die Gemeinde nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können.

Für das DGH Allna seien die Pläne für die Umbau- und Sanierungsarbeiten erstellt, hier seien ohne Baunebenkosten Kosten in Höhe von 375.315,-- € ermittelt worden.

Von der Wi-Bank seien seinerzeit jedoch nur Mittel in Höhe von 260.000,-- € für das Bürgerhaus vorgesehen worden. Diese Summe reiche allerdings bei weitem nicht aus, da festgestellt wurde, dass das Mauerwerk bergseitig durchnässt und eine Komplettsanierung dadurch notwendig werde. Zusammen mit dem Fachdienst Dorferneuerung solle nun ein Erhöhungsantrag des Gesamt-Investitionsrahmen bei der Wi-Bank eingereicht werden.

Aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde muss die Maßnahme DGH auf mehrere Jahre gestreckt werden.

Ein Konzept für die Nutzung des Bürgerhauses sei erarbeitet worden und liege vor. Bei der Erarbeitung wurde das Trägermodell des „Vereines Schützenhof“ mit einbezogen, jedoch seien aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen (z.B. Größe des Ortes, Struktur), nur ein Teil des Modelles anwend- und umsetzbar. Da zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt sei, ob das Projekt DGH vollständig gemäß der ersten Kostenschätzung umgesetzt werden könne, wurde die Gründung eines Vereines, welcher u.a. die Nutzung des Bürgerhauses unterstütze, zurückgestellt.

Ein erster Entwurf einer Satzung zur Vereinsgründung sei dem Finanzamt bereits in 2011 übersandt, allerdings von diesem zurückgewiesen worden. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit sei hinterfragt worden. Die Satzung wurde dann überarbeitet und an die Inhalte in Bezug auf die Gemeinnützigkeit an die Satzung des Bürgervereins Wolfshausen angepasst. Das Ergebnis einer erneuten Überprüfung durch das Finanzamt sei noch offen.

Im Bürgerhaus Allna werde auch weiterhin ein Jugendclub etabliert bleiben. Eine Nutzung für Kindergarten- oder Krippenkinder sei nicht vorgesehen und werde als nicht sinnvoll erachtet.

Bürgermeister Eidam führte weiter aus, dass es künftig hinsichtlich der Förderquote eine Veränderung geben werde.

Mündliche Anfragen:

- a) Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) führte aus, dass Jugendpfleger Marcus Ott in der Sozialausschusssitzung erklärt habe, dass ca. 10 % der beteiligten Kinder aus anderen Kommunen komme. Er frage daher an, inwieweit bezüglich der auswärtigen Kinder ein Eigenbeteiligungssplitting angedacht sei.
Bürgermeister Eidam antwortete hierauf, dass dies bisher im Gemeindevorstand noch nicht besprochen wurde, die durchzuführenden Jugendfahrten jedoch kostendeckend stattfänden. Nach Rücksprache mit dem Jugendpfleger werde er die Angelegenheit im Gemeindevorstand beraten und dann entsprechend Bericht erstatten.
- b) Frau Martina Klein (FBW) erkundigte sich nach der anstehenden Friedhofserweiterung Niederweimar und welches Zeitfenster hierfür vorgesehen sei.
Bürgermeister Eidam antwortete, dass die Planung durchgeführt und die Umsetzung noch in diesem Jahr vorgesehen sei. Den genauen Sachstand könne er jedoch nachreichen.
- c) Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) sprach die Neugestaltung der Verkehrsinsel am Ortseingang Niederweimar im Huteweg an und welche Kosten der Gemeinde hierfür entstanden seien.

Bürgermeister Eidam antwortete, dass mit einer ortsansässigen Gartenbaufirma die Vereinbarung bezüglich der Gestaltung getroffen wurde und die Firma als Gegenleistung das Schild aufgestellt habe. Ein entsprechendes Bauantragsverfahren wurde vorher durchgeführt. Kosten seien der Gemeinde nicht entstanden.

- d) Herr Heijo Hoß (CDU) bat die Verwaltung um Informationen darüber, welche Kosten für die Herstellung des Parkplatzes am Bürgerhaus Roth entstehen würden und welche Aufwendungen für die Ausgleichsmaßnahme zu tätigen seien.

Bürgermeister Eidam sagte zu, die Information per Mail an die Fraktionsvorsitzenden zu senden.

- e) Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/die Grünen) wies darauf hin, dass seit einigen Tagen an dem Hochkreisel an der B 3 ein anscheinend nicht mehr funktionstüchtiges Fahrzeug stehe.
Bürgermeister Eidam antwortete hierauf, dass die Polizei informiert sei und eine Halterfeststellung vorgenommen wurde. Der Halter habe gegenüber der Polizei erklärt, dass er das Fahrzeug beseitigen wolle.

13. Verschiedenes

- a) Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) wies erneut auf den schlechten Zustand der Beschallungs- und Mikrofonanlage, die im Ratssaal benutzt werde, hin. Evtl. könne man doch in einem überschaubaren Zeitraum an die Anschaffung einer neuen Anlage denken.
- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab die nächsten Sitzungstermine bekannt:
- 23.04.2012 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
 - 24.04.2012 Ausschuss für Bau, Planen, Energie und Umweltschutz,
 - 25.04.2012 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - 03.05.2012 Gemeindevertretung

Ende der Sitzung: 21.40 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach